

Die Besteuerung des Arbeitseinkommens.

Eine der vielen Steuerquellen bildet das Einkommen aus Lohn, Gehalt usw. Die Einkommensteuer steigt progressiv, d. h. je höher das Einkommen, desto höher sind auch die Steuern. Die Einkommensteuergesetzgebung sieht ein Existenzminimum vor, welches nicht versteuert zu werden braucht. In Preußen beträgt dieses 900 M., d. h. wer nicht mehr als 900 M. verdient, ist steuerfrei. Man wird nun wohl nicht behaupten können, daß damit vor dem Kriege den Verhältnissen Rechnung getragen war, noch viel weniger ist dies heute der Fall. Schon die generelle Fixierung des Existenzminimums für Stadt und Land, rein bäuerlicher und Industriegegend trifft nicht das Richtige, und wäre eine Differenzierung wohl angebracht. Auch die verschiedenen Berufsgruppen dürften in der Bemessung des Existenzminimums nicht gleichgestellt sein. So wünschenswert es wäre, wenn die Einkommensteuergesetzgebung mehr den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden würde, so ist dies jedoch nicht der Kernpunkt der Frage. Dieser liegt vielmehr in der Höhe des steuerfreien Existenzminimums. Was will es heute bei der gesunkenen Kaufkraft des Geldes besagen, wenn das preussische Einkommensteuergesetz ein Einkommen bis zu 900 M. steuerfrei läßt? Nach den heutigen Verhältnissen ist jemand bei einem Einkommen von 1800 M. wirtschaftlich nicht besser daran, als wenn er vor dem Kriege 900 M. Einkommen hatte. Der Unterschied besteht nur darin, daß er vor dem Kriege steuerfrei war, jetzt aber zur Steuerleistung herangezogen wird. Bei dem großen Steuerbedarf des Reiches, der Bundesstaaten und der Kommunen wird man mit einer schärferen Heranziehung des Arbeitseinkommens zur Steuer wohl rechnen dürfen. Wenn die Arbeiterschaft sich auch ihrer steuerlichen Pflicht dem Staate gegenüber bewußt ist, so kann sie doch mit Recht fordern, daß sich die Steuergesetzgebung mehr als bisher den gegebenen Verhältnissen anpaßt.

Noch ein Punkt verdient erwähnt zu werden. Der Arbeiter hat auch den lezten Wenig seines Einkommens zu versteuern; also auch die Teuerungszulagen, Kinderbeihilfen, kurz, alles, was er verdient. Dagegen braucht der Staatsbeamte und -angestellte die Teuerungszulage, die er bei normaler Arbeitsleistung bezieht, nicht zu versteuern. Hierin ist eine durch nichts gerechtfertigte und ungerechte Behandlung der Staatsbürger zu erblicken und die Forderung nach einer gleichen steuerlichen Behandlung der Arbeiter und Staatsbediensteten wohl berechtigt.

Steigerung der Mietpreise.

Nachdem nun so ziemlich alle Dinge des täglichen Gebrauchs von der allgemeinen Teuerung erfaßt worden sind, beginnt eine starke Steigerung der Preise sich auch auf dem Wohnungsmarkt geltend zu machen. Dies ist um so auffälliger, als doch Millionen von Menschen draußen an der Front stehen und die Heimatbevölkerung während des Krieges infolge der niederen Ziffer der Kriegsgeburten kaum einen nennenswerten Zugang aufzuweisen haben wird.

Zwei Gründe sind es vor allem, welche trotzdem die Steigerung der Mieten herbeigeführt haben. Der eine Grund ist zu suchen in der gesunkenen Kaufkraft des Geldes und der großen Geldfülle bei einem großen Teil der Bevölkerung. Weite Kreise des Volkes sind durch die allgemeine Teuerung gehöhnt worden, nicht mehr viel nach dem Preise einer Ware oder einer Leistung zu fragen. Höheres Einkommen bietet diesen Kreisen die Möglichkeit gegenüber der Friedenszeit erheblich höhere Ausgaben zu machen, auch für die Wohnung. Das scheint nun dazu geführt zu haben, daß verhältnismäßig viele sich eine größere Wohnung mieteten, als sie früher innegehabt hatten. Der andere Hauptgrund für die Mietsteigerung liegt in dem lange dauernden Darniederliegen der Bauaktivität und in der Erwartung der

Wohnungsnot in der Uebergangszeit. Man weiß, daß mit Beendigung des Krieges eine sehr große Wohnungsnot herrschen wird. Und da man mit einem nicht zu fernem Friedensschluß rechnet, so möchte kein Hausbesitzer den zu erwartenden Gewinn sich entgehen lassen. Wer darum jetzt Wohnungen auf längere Kündigungsfrist vermietet, der stellt den Mietpreis so, daß er auch bei einem baldigen Frieden noch auf seine Rechnung kommt. Diese Erwartung des Hausbesitzers von größeren Einnahmen in der Zeit der Wohnungsnot äußert sich auch noch in einer anderen Weise. Die Wohnungen werden vielfach nicht mehr auf längere Fristen, sondern nur mit kurzer Kündigungsfrist vermietet. Die Hausbesitzer suchen sich dadurch freie Hand zu schaffen für die Ausnutzung der Wohnungsnot nach dem Kriege. Die kommende Wohnungsnot wirkt also ihre Schatten schon voraus.

In den Städten mit lebhafter Kriegsindustrie sind die Mietpreise schon recht stark in die Höhe gegangen. So hat der Ausschuss für Konsumenteninteressen in Karlsruhe in einer Schrift festgestellt, daß in kürzester Zeit in 400 Fällen eine starke Mietsteigerung eingetreten ist. Die Mietpreise haben sich um ein Viertel bis um die Hälfte erhöht. In anderen Städten haben Hausbesitzer eine Erhöhung der Mietpreise um 20 Prozent vorgeschlagen. Dabei wird es wohl nicht bleiben, und mit längerer Dauer des Krieges werden die Mietpreise noch mehr in die Höhe gehen. In diesem Zusammenhang ist es sehr reich, zu erfahren, wie hoch die Sachkammer aus den Kreisen des städtischen Grundbesitzes selbst die zu erwartende Mietpreissteigerung, und zwar die Dauersteigerung nach dem Kriege schätzt. So hat der bekannte Vertreter des Haus- und Grundbesitzes in Berlin, Kommerzienrat Haberland, auf einer großen Tagung in der letzten Zeit ausgeführt, daß bei einer Lohnsteigerung von 50 Prozent die Mieten in den Häusern ohne Zentralheizung um 45 Prozent, bei einer Lohnsteigerung von 70 Prozent dagegen um 55 Prozent sich erhöhen würden. Für Wohnungen mit Zentralheizung berechnete er die entsprechende Preissteigerung auf 55 bezw. 70 Prozent.

Das sind wenig erfreuliche Ausichten für die Mieter, besonders aber für die Arbeitermieter. Bezifferte sich doch schon in Friedenszeiten der Mietaufwand bei einem großen Teil der Bevölkerung auf ein Siebtel und mehr ihres Jahreseinkommens. Wird diese Vorhersage Haberlands wahr, so fällt dem alten Hausbesitz, soweit er nicht stark verschuldet ist und höhere Hypothekschulden zahlen muß, ein größerer Gewinn in den Schoß. Es soll dabei nicht geleugnet werden, daß auch die Kosten für die Instandhaltung der Wohnung erheblich gestiegen sind. Trotzdem erscheint die infolge der Wohnungsnot zu erwartende Wertsteigerung erheblich größer als diese Durchschnittskosten und wird besonders für die arbeitende Bevölkerung eine starke Belastung bilden.

Zwei Mittel gibt es, dieser starken Belastung zu begegnen. Einmal muß sie ihren Ausgleich in der Lohnhöhe finden. Ein zweites Mittel erblicken wir jedoch in der Förderung des genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaues durch die Gewerkschaften.

Die Stapelfaser.

Die deutsche Textilindustrie und die weiterverarbeitenden Industrien und Gewerbe, unter welchen das Bekleidungs-gewerbe den ersten Platz einnimmt, haben unter den Folgen des Krieges schwer zu leiden. Die Rohstoffe: Wolle und Baumwolle müssen, die letztere ganz, erstere zum größten Teil aus den uns fernliegenden Ländern, aus welchen uns nunmehr schon über vier Jahren der Bezug abgeschnitten ist, bezogen werden. Bei dem ungeheuren Bedarf der Oberverwaltung an Textilwaren aller Art waren die Vorräte bald aufgebraucht und, da sie nicht ersetzt werden konnten, ein fühlbarer Mangel zu verzeichnen. Der Mangel konnte durch die Ersatzstoffe, sowohl was Menge als Güte anbelangt, auch nicht annähernd beseitigt werden, wobei

nach in Frage kommt, daß die Ersatzstoffe im Preise recht hoch liegen. Nun soll ein Ersatzstoff, die sogenannte Stapelfaser, gefunden sein, von welcher behauptet wird, daß sie geeignet sei, die fehlende Wolle vollständig zu ersetzen, und auch in einer Menge erzeugt werden könne, die jeden Mangel beseitigt, und man gibt sich schon ganz übertriebenen Hoffnungen hin. Hören wir, was ein Fachmann, der 52 Jahre dem Spinnerei- und Webereibetrieb angehört, in der Köln. Volksztg. hierzu schreibt:

An die Herstellung der „Stapelfaser“, dieses bis jetzt besten Ersatzstoffes für natürliche Wolle, knüpfen sich große Hoffnungen. Der oberste Leiter der Reichsbelleidungsstelle hat sich kürzlich dahin geäußert, daß vielleicht schon im Herbst dieses Jahres die Herstellung der Stapelfaser in solchem Umfang möglich sei, daß damit der gesamte regelmäßige Wollbedarf gedeckt werden könne.

Diese Erwartungen sind zweifellos übertrieben und werden sich bestimmt nicht erfüllen, ebenso wenig wie die Hoffnungen, welche im Kurs der Aktien einer Anzahl von Spinnereigesellschaften zum Ausdruck kommen, die mit der Herstellung der Stapelfaser in Verbindung gebracht werden. Zu warnen ist auch vor den zahlreichen Gründungen, die schon jetzt auf Grund von allerhand neuen Patenten auf den Namen Stapelfaser hin versucht werden, sie dürften zu großen Enttäuschungen führen.

Die Vereinigten Glasstoff-Fabriken, Elbertsd., die eigentlichen Führer auf diesem Gebiete, haben 25 Jahre gebraucht, um auf dem Wege über die Kunstseideherstellung mit großen Opfern und solchen Leistungen einen wirklich brauchbaren Wollersatz herzustellen. Erst jetzt sind sie soweit gekommen, daß ein wolleartiger, die Schafwolle vollständig ersetzender Rohstoff hergestellt wird, der nur den Nachteil hat, daß er noch ziemlich teuer kommt und daß er nur in beschränkter Menge hergestellt werden kann. Alles was davon bis jetzt erzeugt wird, ist für den Bedarf der Oereresverwaltung beschlagnahmt und auch tatsächlich erforderlich; für den Zivilbedarf wird Stapelfaser in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung stehen. Zwar arbeiten jetzt bereits sechs Fabriken in Deutschland an der Herstellung des Stapelfaser-Rohstoffes; deren Erzeugung ist aber schon deshalb beschränkt, weil zurzeit nicht genügend Chemikalien, die zur Herstellung erforderlich sind, zur Verfügung gestellt werden können.

Sachverständige Kreise halten es deshalb für ausgeschlossen, daß in den nächsten Jahren, d. h. während der Kriegsdauer, eine Erzeugung von 20 Millionen Kilo auch nur annähernd erreicht wird; demgegenüber war der regelmäßige Bedarf an Schafwolle in Deutschland bisher mehr als 200 Millionen Kilo jährlich. Die Stapelfaser kann also zunächst noch nicht den zehnten Teil des erforderlichen Wollbedarfs ersetzen und dieser Teil wird für den Oereresbedarf als Ergänzung der einheimischen Woll-erzeugung Verwendung finden.

Dagegen ist anzugeben, daß das Erzeugnis von Stapelfaser, wie es jetzt hergestellt wird, die Wolle vollständig ersetzt, je nach anhaltbarkeit, Elastizität und Güte übertrifft, so daß sich in künftigen Friedenszeiten die völlige Unabhängigkeit Deutschlands von der australischen, südafrikanischen und La Plata-Wollversorgung ergeben wird. Reichlich 100 Millionen Mark jährlich (zu Friedenspreisen berechnet) können dadurch der deutschen Volkswirtschaft erhalten bleiben.

Verbandsnachrichten.

- Mitglieder! Wahr Euch durch pünktliche Beitragszahlung Euer Rechte an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.
- Der 37. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 15. Sept. bis 21. Sept.
 - Der 38. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 22. Sept. bis 28. Sept.
 - Der 39. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 29. Sept. bis 5. Oktober.
 - Der 40. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 6. Oktober bis 12. Oktober.

Der Zentralvorstand.
J. L. A. Schwarzmann.

Aus den Zahlstellen.

München. Im vergangenen Winter und Frühjahr hatte eine Anzahl Arbeiterinnen der hiesigen Stickerbetriebe unserem Verbande angeschlossen. Es handelte sich um Paramenten- und Wollsticker. Die Verhältnisse in diesem Beruf sind äußerst schlecht. Obwohl es sich um gelernte Arbeiterinnen handelt, die eine dreijährige Lehrgangsdauer durchgemacht haben, und obwohl die

Arbeit künstlerische Kenntnisse bedingt, werden durchweg Löhne von 35 und 40 Pfg. pro Stunde bezahlt. Ja, es kommen noch Löhne von 27 Pfg. vor. Die Arbeitszeit beträgt noch 10 bis 11 Stunden. Um die Ausgaben für Werkstoff usw. zu sparen, hat man auch die Heimarbeit nebenbei eingeführt. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß sich die Arbeiterinnen der Organisation angeschlossen. Anfangs stellten sich große Schwierigkeiten entgegen. Die Aengstlichkeit der Beschäftigten den Prinzipalen gegenüber ließ sie schwerlich den Weg finden. Nachdem aber in allen anderen Berufen den Arbeitern Teuerungszulagen gewährt wurden, sahen auch die Stickerinnen die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit ein. Seitens der Organisation wird man nun an die Besserung der Verhältnisse herangehen. Es steht zu hoffen, daß sich auch die Arbeitgeber nicht der Notwendigkeit verschließen, den Forderungen der Organisationsleitung entgegenzukommen. Seither wurde nur einmal eine kleine Zulage von 5 bis 10 Pfg. gewährt. Löhne von 35 und 40 Pfg. entsprechen aber nicht mehr den Zeitverhältnissen, besonders bei der stets steigenden allgemeinen Teuerung. Ebenso muß eine Arbeitszeitverkürzung eintreten, da es sonst ja den Arbeiterinnen nicht möglich ist, ihre notwendigen Einkäufe zu machen.

Rundschau.

25 Jahre Gutenberg-Bund. Unsere christlich-nationale Buchdruckerorganisation konnte am 3. September auf ein 25jähriges Dasein zurückblicken. Am 3. September 1893 wurde der Gutenberg-Bund in Erfurt gegründet. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes und dem 1889 in Paris stattgefundenen Internationalen Sozialistkongress war, wie in der übrigen Arbeiterbewegung, so auch in dem Buchdruckerstand ein Geist reger, der die Verwirklichung des sozialdemokratischen „Freiheitsgedankens“ erstrebte. Der Klassenkampf und Klassenhaß äußerte sich in den verschiedenen Formen. Diesem Klassenkämpferischen Treiben fiel 1891 die damals bestehende Buchdruckerarbeitsgemeinschaft zum Opfer. Die folgende tariflose Zeit, die Lehrlingszucht, Schmutzkonkurrenz und viele andere Mißstände zeitigte, drängte den nichtsozialdemokratischen Teil der Gehilfenschaft zur Schaffung einer besonderen Organisation. Aus den in fast allen Druckorten bestehenden losen Gehilfenvereinen erwuchs später der Gutenberg-Bund. Aus kleinen Anfängen und entgegen großen Schwierigkeiten und schweren Bekämpfungen hat sich der Gutenberg-Bund zu einer beachtenswerten, vollwertigen Gewerkschaft entwickelt. Sein Unterstützungswesen ist vorbildlich ausgebaut. In den 25 Jahren zahlte der Gutenberg-Bund fast 1 1/2 Millionen Mark an reinen Unterstützungen aus, davon fast 400 000 Mk. während des Krieges. Das Vermögen stieg in der gleichen Zeit auf rund 630 000 Mk. Bis zum Kriegsausbruch war die Mitgliederzahl auf 3650 gestiegen. Von den Mitgliedern stehen fast zwei Drittel im Kriegsdienst. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Gutenberg-Bundes erschien sein Organ („Der Typograph“) am 6. September als Feuilleton, dem Ernst der Kriegszeit entsprechend. Von dem Hauptvorstand des Gutenberg-Bundes (Berlin SO. 16, Kaiser-Franz-Grabenplatz 14) ist außerdem eine öffentliche Jubiläumsschrift herausgegeben worden, die zum Preise von 1,25 Mk. (inklusive Porto) zu beziehen ist. In dieser Schrift ist der geschichtliche Werdegang des Gutenberg-Bundes dargestellt.

Wir wollen den Gutenberg-Bund, der sich wie selten eine Arbeiterorganisation unter den schwierigsten Verhältnissen durchgesetzt hat, zu seinem 25jährigen Jubiläum beglückwünschen. Der Gutenberg-Bund, der den christlichen Gewerkschaften seit 1906 angehört, hatte in grundsätzlicher Hinsicht seit seiner Gründung vieles mit den anderen christlichen Gewerkschaftsverbänden gemeinsam. Seine Gründung entbringt denselben Motiven wie der unserer Organisation. Bereits auf dem ersten deutschen Arbeiterkongress in Frankfurt a. M. 1903 war der Gutenberg-Bund vertreten. Viele Gutenbergbündler wirken heute in den Kartellen der christlichen Gewerkschaften, Krankenkassen, Gewerbevereinen, Mietvereinsämtern, Schlichtungsstellen usw. für die deutsche Arbeiterfrage mit. Von einem größeren Gutenberg-Bund kann auch weit mehr für unsere Arbeiterfrage geleistet werden. Wenn wir dem Gutenberg-Bund ein Glückwunsch zum goldenen Jubiläum zurufen, so geschieht es in dem Bewußtsein, daß der Gutenberg-Bund, der schon heute eine größere Bedeutung hat als aus seinen Zahlen hervorgeht, in Zukunft eine glücklichere Entwicklung nehmen wird. Die Zeiten sind vorbei, wo einem christlich-nationalen Buchdrucker in drucklichen und bürokratischen Druckerbetrieben die Wege verraumt waren. Man wird den Mitgliedern des Gutenberg-Bundes in Zukunft nicht nur eine größere Bewegungsfreiheit verheißt, sondern auch ein besseres Fortkommen gänzlich möglich werden sich den Mitgliedern des Gutenberg-Bundes immer mehr

Druckereien öffnen. Von der Buchdrucker-Gesellschaft wird man ebenfalls erwarten, daß sie mehr als bisher im Gutenberg-Bund ihre Interessenvertretung sucht und sich in diesem Gutenberg-Bund gewerkschaftlich betätigt. In der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung wird man alle Buchdrucker auf den Gutenberg-Bund hinweisen. Wer sich näher in die Geschäfte des Gutenberg-Bundes vertiefen und über die buchgewerblichen Verhältnisse in den letzten 25 Jahren unterrichten will, dem sei obige Jubiläumsschrift „25 Jahre Gutenberg-Bund“ zur Anschaffung empfohlen.

Der Gesamtverband deutscher Krankenkassen e. V. hat am 26. und 27. August in Koblenz seine ordentliche Generalversammlung abgehalten. Wie der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Behrens, mitteilte, waren drei Landesverbände und 143 Kassen durch 236 Abgeordnete vertreten. Auch zahlreiche Behörden hatten die Tagung besucht. Für das Reichsversicherungsamt war Präsident Dr. Kaufmann selbst erschienen.

Dem vom Geschäftsführer, Reichstagsabgeordneter Becker, erstatteten Bericht war zu entnehmen, daß der Gesamtverband eine überaus rege Tätigkeit entfaltet, einen lebhaften Verkehr mit den zuständigen Behörden unterhalten und eine günstige Entwicklung angenommen hat. Im Anschluß daran wurde eine Entschließung angenommen, in welcher wiederholt die Erhöhung der Versicherungsgrenze für die Angestellten gefordert wird. Außerdem wurden Ausschüsse eingesetzt zur Beratung von Vorschlägen zur Durchführung der Versicherung der Hausgewerbetreibenden und zur Beratung des Wohnungswesens.

Die Reform des Apothekenwesens erörterte Reichstagsabgeordneter Becker, der es für die Krankenkassen für zweckmäßig hielt, sich auf eine landesgesetzliche Regelung der Frage einzurichten, da nach Erklärungen des Staatssekretärs des Innern und den Verhandlungen in den Einzellandtagen auf eine reichsgesetzliche Regelung kaum zu rechnen ist. Daran schloß sich ein Referat über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern von Kantaband Reiserath, Gelsenkirchen, der es als das Zweckmäßigste bezeichnete, die Handverkaufslisten zu beseitigen, um den Krankenkassen dafür höhere Rabatte einzuräumen.

Am zweiten Verhandlungstage wurde der vom Vorstand ausgearbeitete Entwurf einer neuen Satzung angenommen. Der Name der Organisation wurde geändert in „Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands“. Die sonstigen Änderungen sind lediglich organisatorischer Natur. Die neue Satzung tritt am 1. Januar 1919 in Kraft. Die Frage, wie die Krankenkassen helfen können, die bestehenden Fürsorgeeinrichtungen, „in den Kriegsteilnehmern nutzbar zu machen, behandelte Verwaltungsdirektor Grunow, Duisburg. Die Kriegskranken sollen von den Krankenkassen auch durch Rat und Tat bei der Inanspruchnahme jener Einrichtungen unterstützt werden. Die den Kassen durch die Kriegswirkungen entstandenen Lasten sollendurch das Reich ersetzt werden. Es soll dieser wegen erneut an die Reichsregierung herangetreten werden. Die Kassen sollen für die rechnerischen Unterlagen schon jetzt sorgen. Im letzten Vortrage befuhrwortete Dr. Steinhausen, Braunschweig, in ausführlichen Darlegungen eine gesetzliche Regelung der Arztfrage im Sinne der festen Besoldung. Diesen Vorschlägen trat Geheimrat Medizinalrat Dr. Grisar scharf entgegen. Auch Reichstagsabgeordneter Becker sprach sich unter lebhafter Zustimmung der Versammlung auf Grund der Erfahrungen mit dem Berliner Abkommen für eine gesetzliche Lösung der Frage aus. Den Schluß der Verhandlungen bildeten geschäftliche Angelegenheiten.

Die Renten der Kriegsbekindigten erfahren eine Erhöhung durch Feuerungszulagen ab 1. Juli d. J. Eine Verfügung des preussischen Kriegsministeriums legt diese Zulagen (die widerruflich gewährt werden) für alle Versorgungsberechtigten mit einer Erwerbsunfähigkeit von mindestens 50 Prozent in folgender Abstufung fest:

bei 50—60 Proz. Erwerbsunfähigkeit	120 M.	jährliche Zulage
„ 61—70 „ „	180 „	„
„ 71—80 „ „	240 „	„
„ 81—90 „ „	300 „	„
„ 91—99 „ „	360 „	„
„ 100 „ „	482 „	„

Diese Beträge werden ab 1. Juli nachgezahlt. Der widerrufliche Charakter dieser Zulage hat keine weitere Bedeutung. Wahrscheinlich werden bald in einer Reform des Mannschaftenversorgungsgesetzes die gesamtrentenbezüge neu geregelt und dann auch diese Zulagen mit in die Rentenätze hineinarbeitet. Auf jeden Fall ist es erfreulich, daß den schwer Kriegsbekindigten endlich eine Erleichterung ihrer Lage verschafft worden ist. Unsere christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung hat in erheblichem Maße zur Erreichung dieses Fortschrittes beigetragen.

Bedrückende Änderungen im Mietersohn. Angesichts der Wohnungsnot, der Umzugserschwierigkeiten und der großen Hindernisse für das Bauen hat der behördliche Schutz der Mieter vor ungerechtfertigten Mietsteigerungen und Miethündlungen besondere Wichtigkeit gewonnen. Die im Juli vorigen Jahres erlassene Verordnung des Bundesrats zum Schutz der Mieter hat sich allgemein bewährt, aber es gilt jetzt, die Lücken auszufüllen und die ganze Einrichtung zweckentsprechend auszubauen. Eine Erweiterung der Bundesratsverordnung ist auch demnächst zu erwarten und die beteiligten Kreise sind deshalb schon seit geraumer Zeit eifrig damit beschäftigt, ihre Wünsche zu formulieren und zur Geltung zu bringen. Eine gute Uebersicht über diese Wünsche und über die für sie geltend zu machenden Gründe hat nun neuerdings eine in Frankfurt a. M. über diesen ganzen Gegenstand abgehaltene Tagung der Mietereinigungsämter geboten, die ja durch ihre fortgesetzte praktische Erfahrung in diesen Dingen ganz besonders berufen sind, sich zu äußern. Danach herrscht in den Kreisen der Mietereinigungsämtern ziemlich weitgehende Uebereinstimmung vor allem darüber, daß auch solche Mietverträge, die ohne besondere Kündigung ablaufen, den Entscheidungen der Mietereinigungsämter unterstellt werden sollen, ebenso Neuwermietungen. Ferner wurde die weitere Ausdehnung der Mietereinigungsämter auf alle Orte, wo ein Bedarf besteht, allgemein gebilligt, desgleichen, daß die vor diesen Ämtern abgeschlossenen Vergleiche vollstreckbar sein sollen, während über die Vollstreckbarkeit der Entscheidungen der Mietereinigungsämter die Meinungen geteilt waren. Ueberwiegend wurde auch gewünscht, daß über das bisherige „des Mieters, gegen Mietzinssteigerungen das Mietereinigungsamt anzurufen, hinaus eine allgemein behördliche Genehmigungs-pflicht für diese Fälle in den einzelnen Orten soll eingeführt werden können, indes erhob sich doch auch nicht unbedeutender Widerspruch gegen diese Forderung. Auf der anderen Seite wurde aber auch eine Erweiterung des Schutzes der Vermieter gegenüber den Hypothekengläubigern ziemlich allgemein empfohlen. Man wird annehmen dürfen, daß die geplante Umänderung der Bundesratsverordnung sich ungefähr auf den Rahmen dieser Anregungen bewegen wird. D. W. A.

Neue Feuerungszulage im Holzgewerbe. Am 19. August waren in Nürnberg Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter, des Deutschen Holzarbeiterverbandes sowie des Christlich-Deutscher Holzarbeiterverbandes zum Zusammengetreten, um über eine neue Feuerungszulage zu beraten. Nach dreitägigen Verhandlungen kam vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlungen der Verbände folgende Vereinbarung zustande: Alle Arbeiter erhalten sofort eine Lohnzulage von 10 bis 15 Pfg. und am 1. Dezember eine weitere Zulage von 10 Pfg. für die Stunde. Für die Arbeiterinnen beträgt die Zulage 5 bis 7 Pfg. sofort und weitere 5 Pfg. am 1. Dezember. Die Vereinbarung gilt bis 1. April 1919.

Den größten Fortschritt der Zuschneidekunst bietet J. Wienhold,

Strasbourg i. El., Bakenel 2.
durch seinen gezehl. geschützten Konstruktionswinkel mit Kurvenauschnitten und Maßstabellen für sämtliche Oberweiten und das dazu gehörige Lehrbuch 3. Auflage, ganz zum Selbstunterricht geschriebe, für 20 M.

Jeder Fachmann ist in der Lage, mühelos und ohne jegliche Vorkenntnisse Sakkos, Westen, Hosen, Neberzieher, Anfrmen sowie Damentaschen ohne lästiges Kopfrechnen und ohne Kreibandzeichnen sofort zuschneiden zu können. Die Methode ist unübertröffen in Kürze, Einfachheit und Erlernbarkeit. — Tausende im Gebrauch.

Engl. christlich gestanuter
Schneidergeselle,
der auch Lehrlinge mit anleiten kann, gesucht.
Kräppelheim Wolmarstein.

Verantwortlich für Redaktion u. Verlag: A. Schwarzmann, Köln; für den Inseratenteil: O. Kleine, Berlin SW. 47, Köderstr. 67; Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckeret.